

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

1. Arbeitsmarkt / Arbeitsbedingungen / Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Antrag Nr.	Verband	Thema	AdressatInnen	Antwort
1	DGB Frauen / AG Frauenpolitik der Partei Die Linke	Erwerbstätigkeit von Frauen durch flexible Kinderbetreuungsangebote erleichtern	<p>Senatorin für Kinder und Bildung, Bremische Bürgerschaft, Bürgerschaftsfraktionen, Senat der Freien Hansestadt Bremen</p> <p>Überweisung durch SK an die Senatorin für Kinder und Bildung und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016</p>	<p>Antwort erhalten am 14.07.2016 von Thomas Röwekamp (CDU Bremen): Die CDU Bürgerschaftsfraktion fordert die Flexibilisierung der Kinderbetreuungszeiten verbunden mit einer Finanzierungsumstellung für die Kindertageseinrichtungen, die dies ermöglicht. Auch die Abschaffung der Bedarfsprüfung, die unterjährige Aufnahme von Kindern in die Kindertagesbetreuungsangebote und die unterjährig flexible Anpassung der Angebote für berufstätige Eltern wird unterstützt. Das spiegelt sich im Wahlprogramm und der parlamentarischen Arbeit der Fraktion wieder. Einige Anträge zu diesem Thema sind der Antwort angehängt.</p> <p>Antwort erhalten am 29.03.2017 von der Senatorin für Kinder und Bildung Claudia Bogedan: Früh- und Spätbetreuungen werden bereits in den Stadtgemeinden angeboten. Eltern müssen ihre Bedarfe frühzeitig anmelden, danach richtet sich das zeitliche Spektrum der Betreuung. Wochenend- und Nachtdienste sind daher ebenfalls möglich. Grenzen werden jedoch durch die Kapazitäten der Einrichtung selbst gesetzt. Die Bedarfsprüfung für die Kinderbetreuung wird nicht überarbeitet, da ein unbegrenzter Zugang zur Betreuung für alle Kinder momentan</p>

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				noch zu teuer ist. Der gestellte Antrag ist jedoch vorrangiges Ziel des Senats.
4	DGB Frauen	Alternierende Telearbeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ermöglichen	Bremische Bürgerschaft, Bürgerschaftsfraktionen, Senat der Freien Hansestadt Bremen Überweisung durch SK an die Senatorin für Finanzen und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016	Antwort erhalten am 14.07.2016 von Thomas Röwekamp (CDU Bremen): Die flexible Arbeitszeitgestaltung ist für viele Menschen, insbesondere für junge Familien oder pflegende Angehörige heutzutage ein wichtiger Bestandteil ihrer Lebensplanung. Bei der Telearbeit ist der flexible Wechsel zwischen Heimarbeit und Arbeit in der Dienststelle möglich. Dies bedeutet vor allem einen erleichterten Wechsel zwischen Familientätigkeit und Erwerbsarbeit für Beschäftigte mit Pflege und Betreuungsaufgaben. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt deshalb die Möglichkeit der Telearbeit im öffentlichen Dienst und bietet sie als Arbeitgeber auch ihren Mitarbeitern an. Diese Position findet sich sowohl im Wahlprogramm, als auch in der Arbeit der Fraktion wieder.
5	DGB Frauen	Unterstützung der „Aufwertungskampagne von sozialen Berufen“ des Bezirksfrauenrates von ver.di durch den Bremer Frauenausschuss e.V.	Bremer Frauenausschuss e.V.	

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

2. Bildung / Familienpolitik / soziale Ungleichheit

Antrag Nr.	Verband	Thema	AdressatInnen	Antwort
3	Terre des femmes Bremen	Erziehung zur Gleichberechtigung der Geschlechter im Schulunterricht verankern	Senatorin für Kinder und Bildung, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	Antwort erhalten am 29.03.2017 von der Senatorin für Kinder und Bildung Claudia Bogedan: Gleichberechtigung und Gendersensibilisierung gelten in Bremer Schulen als äußerst wichtig. Es gibt seit 2012 eine Handreichung, welche sich mit unterschiedlichen Aspekten beschäftigt und unterrichtspraktische Beispiele sowie Unterstützungsangebote enthält. Die Erziehung zur Gleichberechtigung ist in den Bildungsplänen einzelner Schulstufen verankert.
6	DAB	Professorinnenanteil an allen Fakultäten an allen Hochschulen des Landes Bremen auf 40% erhöhen	Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	Antwort erhalten am 02.08.2016 von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Prof. Dr. Eva Quante-Brandt: Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit im Wissenschaftsbereich sind zentrale Zielsetzungen der Bremer Wissenschaftspolitik. Im Wissenschaftsplan 2020 sind explizit auch Zielsetzungen zur Geschlechtergleichstellung im Hochschulbereich definiert. So wird dort festgestellt, dass trotz vielfältiger gleichstellungspolitischer Maßnahmen der Hochschulen die Schere zwischen Männer- und Frauenanteilen bei steigenden wissenschaftlichen Qualifikationsstufen immer noch deutlich auseinandergeht. Nach aktuellen amtlichen Angaben lag in Bremen der Frauenanteil bei Professuren zum Stichtag am 01.12.2015 bei 26,6%, bundesweit lag er bei 22,7%. Im Wissenschaftsplan 2020 ist formuliert, dass

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				<p>die Hochschulen ihre Aktivitäten zur Gewinnung von Wissenschaftlerinnen für Führungspositionen weiterhin intensivieren müssen. Die SWGV empfiehlt den Hochschulen flexible, am Kaskadenmodell orientierte, Zielzahlen festzulegen. Bei diesem Modell ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil einer jeden wissenschaftlichen Karrierestufe durch den Anteil der Frauen auf der direkt darunter liegenden Qualifizierungsstufe. Im Sinne einer nachhaltigen Gleichstellungsstrategie geht es darum, diejenigen Fächer und Qualifizierungsabschnitte zu identifizieren, in denen der Frauenanteil zu Beginn des Studiums besonders niedrig ist und in denen der Frauenanteil von einer Qualifizierungsstufe zur nächsten besonders stark auseinanderfällt, um dann in diesen Fällen geeignete Maßnahmen zu ergreifen.</p> <p>In den Zielvereinbarungen, die das Wissenschaftsressort mit den staatlichen Bremer Hochschulen regelmäßig schließt, werden auch quantitative Zielzahlen festgelegt, darunter separate Zahlen zur Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren. Die operative Umsetzung der vereinbarten Ziele ist allerdings Aufgabe der Hochschulleitung. Das Wissenschaftsressort führt keine Detailsteuerung durch und entscheidet nicht über Maßnahmen und Instrumente. Dies widerspricht dem Gedanken der Hochschulautonomie, die auch für die Geschlechtergleichstellung gilt. Die aktuellen Zielvereinbarungen für den Zeitraum 2015-2017 sind angefügt.</p> <p>Das Land Bremen stellt den Hochschulen seit 2015 jährlich explizit 500.000,- € zur Geschlechtergleichstellung</p>
--	--	--	--	---

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				zur Verfügung. Die SWGV sieht noch Handlungsbedarf an den Bremer Hochschulen, ist aber überzeugt, dass die Hochschulen ihre Aktivitäten zur Gewinnung von mehr Wissenschaftlerinnen weiter verbessern werden.
7	gfV bfa	Umsetzung der frauenspezifischen Inhalte des Koalitionsvertrages	Senat der Freien Hansestadt Bremen Überweisung durch SK an alle Ressorts und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016	<p>Antwort erhalten (gebündelt) am 08.03.2017 von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann, der Senatorin für Finanzen Karoline Linnert, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Martin Günthner, dem Senator für Inneres Ulrich Mäurer, der Senatorin für Gesundheit, Wissenschaft und Verbraucherschutz Prof. Dr. Eva Quante-Brandt: Einsicht im Büro des bfa möglich oder Anfrage per Mail an info@bremer-frauenausschuss.de</p> <p>Antwort erhalten am 29.03.2017 von der Senatorin für Kinder und Bildung Claudia Bogedan: Eltern sollen durch flexible Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten (siehe Antrag 1), gezielten Ausbildungsangeboten und einem Wiedereinstiegsprogramm unterstützt werden. Ausbau der Kindertagesbetreuung ist eine Aufgabe des Senats. 2.100 Plätze werden in der kommenden Legislaturperiode (bis 01.08.2017) geschaffen. Der Senat errichtet dafür Mobilbauten an bestehenden Standorten. Insgesamt sollen es 4.100 bis 2019/20 werden. (s. Antrag 3): Geschlechterstereotype sollen unterbrochen werden, sodass auch Mädchen sich mehr für MINT-</p>

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				<p>Berufe interessieren und darin bestärkt und gefördert werden. Ebenso sollen Jungen darin unterstützt werden traditionell weibliche Berufe interessanter zu finden. Es gibt den Girls-Day, welcher besonders Mädchen für naturwissenschaftliche Felder begeistern soll.</p> <p>Der Senat setzt sich für einen betriebsnahen Kita-Ausbau ein.</p> <p>„Kurze-Beine= kurze Wege“: der Senat arbeitet daran attraktive wohnortnahe Schul- und Betreuungsplätze zu fördern um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Demographische und bildungspolitische Zielsetzungen werden dabei berücksichtigt. Der Schulstandortplan von 2009 wird überarbeitet. Zum Schuljahr 2017/2018. Wird eine Grundschule in Gröpelingen eröffnet um den Trend der steigenden SchülerInnenzahl aufzufangen. Da der Kindertageseinrichtungsausbau noch nicht weit genug fortgeschritten ist, wird den Eltern weiterhin kurzfristig auch ein Angebot aus einem benachbarten Stadtteil gemacht.</p> <p>Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen richtet sich nach den Bedarfen der Eltern, d.h. erwerbstätige Eltern beantragen häufiger einen betreuungsplatz als Eltern ohne Arbeitsplatz. Daher ist der Ausbau in Stadtteilen mit hohem sozialem Kapital und einkommen höher als in anderen (Gröpelingen, Vegesack, Osterholz, Oberneuland, Hemelingen, Obervieland). (s.a. Antrag 1)</p> <p>Seit 01.01.2017 ist das neue „Ortsgesetz über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen“ in Kraft getreten. Die Beiträge steigen zwar an,</p>
--	--	--	--	---

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				<p>durch eine Veränderung der Ober- und Untergrenze, Geschwisterkinder-Rabatt wird jedoch eine bessere soziale Ausgewogenheit erreicht.</p> <p>Bremen setzt sich weiterhin für die Abschaffung des Betreuungsgeldes ein.</p> <p>Das Kopftuch und andere religiös konnotierte Kleidung darf den „Schulfrieden“ nicht stören ist aber erlaubt und Bremen setzt sich einer Diskriminierung von Frauen und Mädchen, die ein Kopftuch tragen entgegen. Schülerinnen mit Kopftuch waren nie Bestandteil der Kopftuch-Verbots-debatte, dies wird auch so bleiben.</p>
11	Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauen in Bremen	Bezahlbare Wohnungen für Alleinerziehende und ältere, von Sozialleistungen lebende, Menschen	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Bremische Bürgerschaft	<p>Antwort erhalten am 14.07.2016 von Thomas Röwekamp (CDU Bremen):</p> <p>Die CDU-Bürgerschaftsfraktion kritisiert schon seit längerer Zeit die Baupolitik des Senats. Dieser hat in den vergangenen Jahren vor allem den Bau von Sozialwohnungen verschlafen. Davon betroffen sind vor allem Alleinerziehende, ältere Menschen und Transferleistungsempfänger. Mit dem im Dezember 2015 verabschiedeten Sofortprogramm Wohnungsbau möchte der Senat mehr Wohnraum schaffen, auch sozial geförderten. Allerdings hat der Bausenator bereits angekündigt die selbstgesteckten Ziele des Sofortprogrammes nicht einhalten zu können. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird die Umsetzung kritisch begleiten und fordert den Bausenator stetig auf eine intensivere Baupolitik zu betreiben, um allen Personengruppen gerecht zu werden. Die Position der CDU-Bürgerschaftsfraktion spiegelt sich in einem Positionspapier und der parlamentarischen Arbeit der Fraktion</p>

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				<p>wieder. Einige Anträge zu diesem Thema sind der Antwort angehängt.</p> <p>Antwort erhalten am 14.09.2016 vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Dr. Joachim Lohse: Die Forderung wird vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr unterstützt und das vom Senat am 28.06.2016 beschlossene 3. Wohnraumförderungsprogramm entspricht einem großen Schritt zu deren weiterer Umsetzung. Neben der Förderung von Wohnungen für Haushalte mit kleinerem und mittlerem Einkommen und Haushalte mit Sozialleistungen ist die Förderung von familien-gerechten Wohnungen sowohl für „klassische“ Familien als auch für Alleinerziehende ausdrücklich aufgeführt. Den älteren und behinderten Menschen ist ebenfalls ein besonderer Abschnitt gewidmet. Grundsätzlich ist ihm bewusst, dass Frauen insgesamt tendenziell eher Sozialwohnungen benötigen als Männer. Der Soziale Wohnungsbau ist daher besonders geeignet, den Gleichstellungszielen des Landes Bremen zur Umsetzung zu verhelfen.</p>
14	DAB	Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting	<p>Senat der Freien Hansestadt Bremen, Bremische Bundestagsabgeordnete</p> <p>Überweisung durch SK an die Senatorin für Finanzen und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016</p>	

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

15	DAB	Vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots	Senat der Freien Hansestadt Bremen, Bremische Bundestagsabgeordnete Überweisung durch SK an die Senatorin für Finanzen und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016	
----	-----	--	---	--

3. Flüchtlingspolitik

Antrag Nr.	Verband	Thema	AdressatInnen	Antwort
8	Kurdische Fraueninitiative	Einrichtung einer Frauenbegegnungsstätte in Bremen für geflüchtete Frauen	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	Antwort erhalten am 26.10.2016 von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann: Es sind leider keine Mittel im Haushalt für eine Frauenbegegnungsstätte in Bremen für geflüchtete Frauen vorhanden. Darüber hinaus ist es zu überlegen, ob ein zentrales Angebot tatsächlich sinnvoll ist. Vielmehr ist es das Ziel der SfSJFIS, dass in den Stadtteilen und den Übergangwohnheimen regelmäßige und anlassbezogene Begegnungs-Angebote speziell für geflüchtete Frauen gemacht werden. Dies wird – auch mit Hilfe von Ehrenamtlichen – vielfach realisiert.

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

9	Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauen in Bremen	Wohneinrichtung und Therapie für traumatisierte Mädchen und Frauen	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p>Antwort erhalten am 26.10.2016 von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann:</p> <p>Eine Wohneinrichtung für traumatisierte Frauen ist derzeit bereits in der Umsetzung. Der Träger einer solchen Einrichtung steht nun fest, die Immobilie befindet sich im Umbau. Unabhängig dieser Einrichtung ist die SfSJFIS bestrebt, auch in Zusammenarbeit mit Refugio, das psychotherapeutische Angebot für geflüchtete Menschen zu verbessern. Die Übernahme der Kosten für Dolmetscher ist dabei ein Bestandteil, auch hierzu gibt es Gespräche mit Refugio.</p>
10	Evangelische Frauenarbeit in Bremen e.V.	Umgang mit Geflüchteten mit LSBTTI*-Hintergrund für Flüchtlingseinrichtungen	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p>Antwort erhalten am 26.10.2016 von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann:</p> <p>Es haben bereits Gespräche mit dem Rat und Tat-Zentrum stattgefunden, bei denen vereinbar wurde, dass in jeder Einrichtung ein Ansprechpartner für LSBTTI-Geflüchtete benannt werden soll. Weiter wurde vereinbart, dass sich das Rat und Tat-Zentrum direkt an die Fachstelle Flüchtlinge wenden kann, wenn ein Transfer von LSBTTI-Geflüchteten dringend erforderlich ist. Es ist außerdem in den kommenden Monaten geplant, die Einrichtungsleitungen in einer Fortbildung zu sexualisierter Gewalt auch zum Thema LSBTTI zu sensibilisieren. Im Gewaltschutzkonzept wird das Thema ebenfalls aufgegriffen. Die im Antrag zusätzlich angeführten Hinweise werden in der weiteren Arbeit berücksichtigt.</p>

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

21	gfV bfa	Deutschkurse für Flüchtlinge mit ausreichender Kinderbetreuung ausstatten	<p>Koordinationsstelle für Flüchtlingsfragen in der Senatskanzlei</p> <p>Überweisung durch SK an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, an die Senatorin für Kinder und Bildung, an die Senatskanzlei und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016</p>	<p>Antwort erhalten am 14.09.2016 von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann:</p> <p>Das Anliegen der DV, dass mangelnde Kinderbetreuung kein Hindernis zur Teilnahme an Sprachkursen sein kann, unterstützt die SJFIS sehr. Gerade Frauen, die strukturell noch immer in hohem Maß für die Erziehung der Kinder zuständig sind, ist ein Zugang zum Deutschwerb unbedingt zu ermöglichen, um den Grundstein gesellschaftlicher Teilhabe zu legen. Dazu gehört auch das Vorhalten von Kinderbetreuung während des Deutscherwerbs. Das Sprachkursangebot liegt im Wesentlichen in der Kompetenz des BAMF, damit grundsätzlich auch die Bedingungen, unter denen die Kurse abgehalten werden. Durch den seit 2013 existierenden Rechtsanspruch auf ein Kinderbetreuungsangebot gegenüber der Kommune sah und sieht sich das BAMF nicht in der vorrangigen Pflicht, entsprechende Mittel für Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Eine Kostenübernahme vom Bund ist nicht erfolgt, seit dem 01.10.14 springt die SJFIS mit Mitteln ein, wo Versorgungslücken bestehen. In diesem Jahr sind, aufgrund der steigenden Anzahl von Geflüchteten und der damit einhergehenden notwendigen Steigerung der Kinderbetreuung auch für Deutschkursangebote, entsprechende Mittel, auch aus dem Integrationskonzept, bereitgestellt worden. Inzwischen gibt es zudem wieder das Signal seitens des Bundes, Kosten der Kinderbetreuung in Ausnahmefällen zu übernehmen. Bremen ist gemeinsam mit anderen</p>
----	---------	---	---	---

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				Ländern bemüht, die grundsätzlichen Zusagen des Bundes hier genauer einzufordern.
--	--	--	--	---

4. Frauen in Not / sexuelle Belästigung / Sexualstrafrecht

Antrag Nr.	Verband	Thema	AdressatInnen	Antwort
12	Evangelische Frauenarbeit in Bremen e.V.	Zugang zu ausschließlich für Frauen zugängliche sanitäre Anlagen (WCs, Duschen) für obdachlose Frauen	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	Antwort erhalten am 14.09.2016 von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Anja Stahmann: Die SJFIS finanziert den Tagestreff für obdachlose Frauen „frauenzimmer“ in der Trägerschaft der Inneren Mission in der Stadtmitte (Nähe Brill), wo die kostenlose Möglichkeit besteht, WCs und Duschen zu benutzen. Daneben werden im „frauenzimmer“ noch weitere Angebote vorgehalten (Möglichkeit Wäsche zu waschen, medizinische Notversorgung, Kleiderkammer, günstiger Mittagstisch, kostenloser Internetzugang, Einrichtung des „frauenzimmers“ als Postadresse möglich). Der Tagestreff ist jeden Tag von 12 – 16 Uhr geöffnet, am gleichen Ort befindet sich auch die Notunterkunft für Frauen.
16	Terre des femmes Bremen	Reform des Sexualstrafrechts „Nein heißt nein“	Senat der Freien Hansestadt Bremen, Bremische Bundestagsabgeordnete	Antwort erhalten am 29.08.2016 vom Senator für Justiz und Verfassung Dr. Henning Maul-Backer: Der Senator für Justiz und Verfassung verweist auf den vom Bundestag am 7. Juli 2016 verabschiedeten Ge-

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

			Überweisung durch SK an den Senator für Justiz und Verfassung und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016	setzentwurf, der genau die geforderten Ziele verfolgt. Der Gesetzentwurf wird Anfang September in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrates und anschließend in dessen Plenum beraten werden. Der Senator für Justiz und Verfassung wird dem Senat empfehlen, die Gesetzesinitiative zu unterstützen.
19	Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauen in Bremen	Sicherheits- und Servicepersonal in den Fahrzeugen der BSAG	Senator für Inneres, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, BSAG-Vorstand	<p>Antwort erhalten am 15.09.2016 von Jens-Christian Meyer (Sprecher der BSAG):</p> <p>Die BSAG hat Kontakt zur Polizei Bremen und dem eigenen Team Sicherheit aufgenommen und übereinstimmend berichtet bekommen, dass keine besonders auffälligen Vorkommnisse gegenüber Frauen in den Fahrzeugen bzw. an den Haltestellenanlagen gemeldet wurden. Das Team Sicherheit habe seit Jahren einen sehr hohen Stellenwert und unterliege einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess, gleichwohl sei festzustellen, dass dem Engagement in diesem Bereich auch Grenzen gesetzt sind. Die BSAG als Verkehrsunternehmen könne keine Aufgaben von Sicherheitsdienstleistern oder Ermittlungsbehörden übernehmen. Laut einer Studie der Universität Münster habe die BSAG mit ihrer Sicherheitspartnerschaft aber eine bundesweite Vorreiterrolle. Die BSAG möchte ihren Beitrag zu einer sicheren Stadt Bremen leisten und mache die Fahrten in Bussen und Bahnen mit einer Reihe von Maßnahmen sicher(er):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit zwischen Fahrpersonal und Fahrgästen (sehr gute Ausbildung der Fahrer*innen, inkl. Deeskalationstraining): Innerhalb von Sekunden können über

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				<p>eine Deeskalations- und Meldekette im Falle eines Übergriffs auf Fahrgäste oder Fahrpersonal über die Leitstelle Rettungs- und Sicherheitskräfte der Feuerwehr und der Polizei verständigt werden, die in der Regel innerhalb weniger Minuten gefährliche Situationen vor Ort auflösen. Hierzu bedarf es auch couragierter Fahrgäste, die sich anbahnende gefährliche Situationen erkennen und dem Fahrpersonal melden, da sich dieses in erster Linie auf die sichere Fahrt konzentrieren</p> <ul style="list-style-type: none">- Beobachtungen im öffentlichen Raum (auf Straßen und Plätzen, die sie passieren) melden die Fahrer*innen selbstverständlich ebenfalls an die Leitstelle- die BSAG sei bemüht, als „sicherer Raum“ verstanden zu werden; wer sich auf der Straße, aus welchem Grund auch immer, unsicher fühle, solle sich in eine Bahn oder einen Bus flüchten und dort Kontakt mit dem Fahrpersonal aufnehmen- Ticketüberprüfungen seit dem 01.07.2016 überwiegend in Dienstkleidung (offensive, sichtbare Präsenz ist von den Fahrgästen gewünscht)- Fahrgastbegleitungen an Knotenpunkten in den Fahrzeugen oder an Haltestellen (dieser Mitarbeitendenkreis werde in den kommenden Jahren noch stetig erweitert)- Nachtwander*innen sind ehrenamtlich auch in den Fahrzeugen der BSAG unterwegs und vermeiden durch ihr gewaltfreies, partnerschaftliches Auftreten konfliktäre Situationen- Zusammenarbeit mit der Polizei Bremen wurde intensiviert (Polizisten und Polizistinnen fahren als Gäste der
--	--	--	--	--

Antworten auf Anträge der Delegiertenversammlung des bfa am 16.04.2016

				BSAG mit und halten im Gegenzug die Augen auf bzw. wirken durch ihre Präsenz) - Videoüberwachungs-Anlagen in den Fahrzeugen; bei Betätigung der Aufzeichnungstaste bleiben Aufzeichnungen auch länger als 48 Stunden gespeichert und können bei einer Anzeige die Arbeit der Polizei unterstützen
20	BPW Germany Club Bremen e.V.	Deutschlandweit einheitliche Notrufnummer für Frauen mit einer freien dreistelligen Kennung einrichten (ähnlich wie Polizei und Feuerwehr)	Bremische Bundestagsabgeordnete, Senat der Freien Hansestadt Bremen Überweisung durch SK an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und zur Information an die ZGF am 21. Juli 2016	

Insgesamt haben wir bisher Antworten von der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen, dem BSAG Vorstand, der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, der Senatorin für Kinder und Bildung, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dem Senator für Justiz und Verfassung, der Senatorin für Finanzen, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, dem Senator für Inneres erhalten.

Keine Antworten erhielten wir bisher von den restlichen Bürgerschaftsfraktionen (SPD, Die Linke, FDP, Bündnis 90/Die Grünen).